

Höllischer Ärger

Das Erzbistum Hamburg erlebt einen gewaltigen Proteststurm. Es ist Zeit, die Zahlen offenzulegen

Ein Kommentar von **Ruth Eisenreich**

5. Februar 2018, 5:35 Uhr

AUS DER ZEIT NR. 06/2018 [<http://www.zeit.de/2018/06?>



wt_zmc=fix.int.zonpme.zeitde.wall_abo.premium.packshot.cover.zeih&utm_medium=fix&utm_source=zeitde_zonpme_int&utm_campaign=wall_abo&utm_content=premium_packshot_cover_zeih]



Erzbischof Stefan Heße © Daniel Bockwoldt/dpa

Wenn die Grundschule schließt [<http://www.zeit.de/2017/53/erzbistum-hamburg-katholische-schulen-kirchen-schliessung>], die man selbst vor Jahren besucht hat, auf die nun die eigenen Kinder gehen und auf die man bald auch sein jüngstes Kind schicken wollte, dann kann man schon mal wehmütig sein. Man kann es ungerecht finden, wenn beliebte Schulen aus Geldgründen schließen müssen, man kann sich ärgern, wenn der Schulträger Schüler, Lehrerinnen und Eltern mit einer solchen Nachricht überrumpelt, statt sie einzubeziehen.

Die Debatte um die Zukunft der katholischen Schulen in Hamburg [<http://www.zeit.de/2018/04/erzbistum-hamburg-schulen-einsparung>] dreht sich derzeit vor allem um solche Emotionen und Stilfragen. Was dabei untergeht, ist der Kern des Problems: die Zahlen.

ANZEIGE

Das Erzbistum Hamburg ist überschuldet, ergab die Untersuchung durch Unternehmensberater, nun muss das Bistum sparen. Vor wenigen Tagen kündigte es daher an, acht seiner 21 Schulen zu schließen. Fünf von ihnen sollen schon dieses Jahr keine neuen Schüler mehr aufnehmen, drei weiteren droht nächstes Jahr dasselbe. Betroffen sind vor allem Grund- und Stadtteilschulen, die meisten liegen in sozial benachteiligten Gegenden.

Seine Kommunikation in dieser heiklen Angelegenheit hat das Erzbistum gründlich verbockt. Es hat den Eltern erst Einbindung versprochen, um sie dann vor vollendete Tatsachen zu stellen; es hat den Bischof erst als Aufklärer präsentiert, um ihn auf dem Höhepunkt der Aufregung vor der Öffentlichkeit zu verstecken; es hat sich in einen Streit mit der Bildungsbehörde verstrickt über die Frage, wer wann wen worüber informiert hat; zuletzt hat es dem Fernsehsender Hamburg 1 zufolge die Teilnahme an einer Talkrunde erst zu- und dann wieder abgesagt. Das ist dilettantisch.

ANZEIGE

Die Trauer über die Schließungen ist verständlich, der Ärger über die misslungene Krisenkommunikation ebenfalls [<http://www.zeit.de/2018/05/katholische-schulen->

hamburg-schliessung-reaktionen]. In der Sache aber ist etwas anderes wichtiger: Stimmen die Zahlen, die Erzbistum und Unternehmensberater präsentiert haben? Ihnen zufolge ist die finanzielle Lage des Bistums katastrophal.

Allein für Schulsanierungen und -investitionen sind nach diesen Angaben 165 Millionen Euro nötig, davon 100 Millionen für die nun betroffenen acht Schulen. Für den Betrieb seiner Schulen schießt das Bistum pro Jahr acht bis 13 Millionen zu. Wirtschaftet das Bistum weiter wie bisher, hat es in vier Jahren 353 Millionen Euro Schulden.

Unter Eltern und Bildungsexperten kursiert die Vermutung, diese Zahlen seien übertrieben [<http://www.zeit.de/hamburg/2018-01/elbvertiefung-25-01-18>]. Das Bistum habe kein Interesse daran, die Schulen weiterzubetreiben, die Geldprobleme seien nur ein Vorwand, um sie schließen zu können; das Bistum habe Hilfsangebote abgelehnt.

Aber warum sollte es das tun? Warum sollte eine Institution ihre bisherige Misswirtschaft mutwillig als noch schlimmer darstellen, als sie es ohnehin war? Warum sollte eine alternde Kirche ohne Not ausgerechnet jene Einrichtungen schließen, die ihr Nachwuchs bringen können?

Wenn die Zahlen der Kirche im Großen und Ganzen stimmen, gibt es zur Schließung der Schulen keine Alternative. Die Aufregung der Betroffenen und die Idee, juristisch gegen das Bistum vorzugehen, weil es die Schulgremien nicht in seine Entscheidung einbezogen hat, sind dann zwar verständlich, führten aber nirgendwo hin. Denn die "Lösungen", die bisher präsentiert wurden, sind dann gar keine.

Dieser Artikel stammt aus der ZEIT Nr. 06/2018. Hier können Sie die gesamte Ausgabe lesen.

Keine Lösung in Sicht

Der Bund stelle Hamburg bis 2022 doch 61 Millionen Euro für Schulsanierungen zur Verfügung, sagt etwa die CDU, warum man damit nicht die Schulen rette? Nun, es gibt mehr als 400 Schulen in Hamburg, saniert werden müssen viele, weshalb die fraglichen 61 Millionen kaum auf acht katholische Schulen verteilt werden können. Eltern, Schüler und Lehrer der anderen Schulen, die dann leer ausgingen, hätten wenig Verständnis dafür, dass sie unter der Misswirtschaft der Kirche leiden sollten. Außerdem: 61 Millionen sind weniger als 100 Millionen.

Die Stadt finanziere freie Schulträger generell zu schlecht und solle mehr springen lassen? Darüber kann man streiten, aber selbst wenn man der Argumentation der freien Träger folgte, ließen sich auf diese Weise nicht Beträge in einer Größenordnung gewinnen, wie die katholischen Schulen sie benötigen würden.

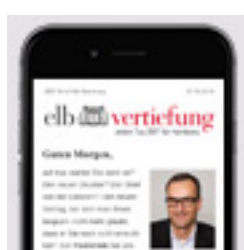
Das Bistum soll woanders sparen? Das hat es bereits angekündigt. Und spätestens wenn bei Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen gekürzt wird, wird der nächste Aufschrei folgen.

Man könne doch Spenden sammeln? Wohl kaum in zweistelliger Millionenhöhe.

Ein Investor solle einspringen? Kaum jemand würde sich ausgerechnet von der Sanierung maroder Privatschulen eine Rendite versprechen.

Auch einen Zuschuss aus reicheren Bistümern hält man im Erzbistum Hamburg nicht für sinnvoll: Man habe ein strukturelles Problem, das lasse sich nicht per Einmalzahlung lösen.

Nicht nur das Erzbistum selbst, auch Kirchenrechtler und Finanzexperten von außerhalb, wie der Münsteraner Professor Thomas Schüller, gehen davon aus, dass das Bistum gar keine andere Wahl hat, als die Schulen zu schließen.



Elbvertiefung – der tägliche Newsletter für Hamburg

Jeden Tag wissen, was in Hamburg wichtig ist. Relevant und prägnant. Persönlich und pointiert. Elbvertiefung ist der neue tägliche Newsletter der ZEIT für Hamburg.

Ich bin mit der [Datenschutzerklärung](http://www.zeit.de/hilfe/datenschutz) [<http://www.zeit.de/hilfe/datenschutz>] einverstanden.

Das Bistum sollte jetzt schnell den Betroffenen seine Berechnungen offenlegen, um Zweifel an seinen Angaben auszuräumen. Denn von der Glaubwürdigkeit der verbreiteten Zahlen hängt alles ab. Sollte der Investitionsbedarf in Wirklichkeit geringer sein als behauptet, [stünde Erzbischof Stefan Heße gewaltiger Ärger bevor](http://www.zeit.de/2015/14/erzbischof-hamburg-stefan-hesse) [<http://www.zeit.de/2015/14/erzbischof-hamburg-stefan-hesse>].

Halten aber die Zahlen im Großen und Ganzen einer Prüfung stand, werden sich die Eltern, Lehrer und Schüler damit abfinden müssen, dass sich am Ergebnis nicht mehr viel ändern wird. Man kann das Bistum nicht gleichzeitig dafür kritisieren, dass es bisher nicht gespart hat, und dafür, dass es jetzt sparen will.

ANZEIGE

ANZEIGE